Antrag Öffentlich	Datum 03.12.2002	Nummer A0180/02
Absender **Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen – future! die jugendpartei** Alter Markt 1 39090 Magdeburg		**Wird von der Verwaltung ausgefüllt.** Aufgenommen in d. TO d. Sitzung d. Gremiums Stadtrat
Adressat Gerhard Heinl Alter Markt 1 39090 Magdeburg		am 09.01.2003 14:00
Gremium Stadtrat	Sitzungstermin 09.01.2003 14:00	
Kurztitel Beitritt zum Zukunftsbündnis		

Der Stadtrat möge beschliessen:

Die Stadt tritt ab sofort dem Bündnis „Für ein kinder- und jugendfreundliches Sachsen-Anhalt“ bei.
Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zwecks Beitritt der Stadt entsprechende Gespräche mit dem Sprecherrat aufzunehmen.

Begründung:

Die Landesregierung will Geld sparen. Zu diesem Zweck liegt derzeit ein Gesetzentwurf zur Kinderbetreuung auf dem Tisch, der eine Mittelkürzung von fast 25 % in diesem Bereich vorsieht. Das erhöht die Verpflichtungen der Gemeinden gegenüber der Kinderbertreuung und steigert den Finanzdruck auf die Einrichtungen ganz erheblich. Die Gemeinden werden gezwungen sein, die Elternbeiträge deutlich zu erhöhen, da auch deren Kassen leer sind. Wenngleich der Rechtsanspruch auf einen Platz für Kinder, welche älter als drei Jahre sind, weiterhin bestehen bleibt, wird sich deren Betreuung mit Veränderung des Personalschlüssels verschlechtern. Anders bei Kindern unter drei Jahren: Hier will das Land die Vergabe von Krippenplätzen an den Nachweis eines Arbeitsplatzes beider Elternteile binden. Diese Verfahrensweise verdrängt mittelfristig junge Mütter oder auch Väter aus der Vermittlung des Arbeitsamtes.
Kinderbetreuung, Jugendarbeit und Familienförderung werden weiter abgebaut und die Lasten werden auf die Gemeinden und deren Bürger abgewälzt. Das Bündnis „Für ein kinder- und jugendfreundliches Sachsen-Anhalt“, welches sich am 29. 10.2002 gegründet hat, will die Interessen der Kinder und Jugendlichen sowie die ihrer Eltern gegen die Kürzungen von Haushaltsmittel des Landes im Sozialbereich schützen.
Die Finanzierungslast auch für die Stadt Magdeburg wird steigen und damit eine Absenkung sozialer Standards bei der Betreuung unserer Kinder nachsichziehen. Daran kann Magdeburg nicht interessiert sein. Magdeburg sollte deshalb im eigenen Interesse diesem Bündnis beitreten, um im Sinne seiner Bürgerinnen und Bürger zu handeln.

Alfred Westphal
Fraktionsvorsitzender